



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



G7 GERMANY
2022

Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Gökay Akbulut
Platz der Republik 1
11011 Berlin

CLAUDIA ROTH MdB
Staatsministerin beim Bundeskanzler

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 (0)30 18 400-2060
FAX +49 (0)30 18 400-1808
E-MAIL bkm@bk.bund.de

Berlin, 14. Juli 2022

BETREFF **Beantwortung Ihrer schriftlichen Fragen vom 7. Juli 2022 (Eingang Bundeskanzleramt),
Arbeitsnummern 7/53**

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Sehr Gökay Akbulut!

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die
beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Roth

**Schriftliche Frage der Abgeordneten Gökay Akbulut (DIE LINKE) vom 7. Juli 2022
(Eingang Bundeskanzleramt), Arbeitsnummer 7/53****Frage 7/53**

Mit welchen Gesprächspartnern auf türkischer Seite hat die Bundesregierung wegen der Sperrung des Internetangebots der Deutschen Welle in der Türkei durch die türkische Medienaufsicht zwischenzeitlich Gespräche geführt, wie von Kultur- und Medienstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) angekündigt (vgl.: <https://www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-sperret-das-angebot-der-deutschen-welle/a-62325138>), und welche Ergebnisse wurden dabei erzielt?

Antwort 7/53

Wie bereits öffentlich durch Frau Staatsministerin Roth und Herrn Regierungssprecher Hebestreit geäußert, hat die Bundesregierung die Sperrung der Website der Deutschen Welle mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Die Sorge um die Lage der Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei – auch mit Blick auf die Situation der Deutschen Welle – bringt die Bundesregierung regelmäßig und nicht erst seit den öffentlichen Äußerungen von Frau Staatsministerin und Herrn Regierungssprecher in Gesprächen mit der türkischen Regierung zum Ausdruck; dies wird sie auch weiterhin tun. Es ist nun aber in erster Linie Aufgabe der Deutschen Welle als unabhängigem Sender zu entscheiden, welche Konsequenzen sie aus der Sperrung zieht; rechtliche Schritte wurden von der DW bereits angekündigt.